

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen 1/20 RM. monatlich



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreise monatl. (rei Haus 2,50 M., Halbjahrszahl 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 699, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schreibleitung: Dresden-N., Oberbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die erstmalig gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreißigtägigen Teil einer Restzeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Oberbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bewalt besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang Dresden, Sonnabend den 26. Januar 1929 Nummer 22

Gefamtausperung der Weber in Thüringen und Sachsen

35 000 Arbeiter im Kampfe

Die sächsisch-thüringischen Weber haben nicht kapituliert. Gestern meldeten wir, daß der Streik sich ausdehnt. Gestern abend haben die Unternehmer nach Weidmühl die Gefamtausperung verfügt. Außer 27 000 Betriebsarbeitern werden von der Ausperung 8000-8000 Heimarbeitern betroffen. 35 000 Arbeiter sind somit in den Kampf einbezogen.

Die Unternehmer versuchen mit Hilfe von Streikbrechern, der städtischen Nachtapparate und der SPD-Führer den Kampf der Weber zu brechen. Bisher gelang ihnen das nicht. Die Ausperung verschärft den Kampf, die Arbeiterkassette muß nun alle Maßnahmen ergreifen, um den Sieg davon zu tragen.

SPD-Führer wollen Erwerbslose zum Streikbruch zwingen

Hebrakl anwachsende Streikbewegung
(Von unserem Sonderberichterstatter)
Münchenberndorf i. Thür., 24. Januar.

K. Gg. In diesem, hinter tiefverschneiten Bergen versteckten Städtchen von zweieinhalb tausend Einwohnern nahm die Lohnkämpfweigung der ostthüringischen Textilarbeiter ihren Anfang. Die in den 9 Textilmühlwerken beschäftigten 1200 Weber lenten heute vor zwei Wochen geschlossen die Arbeit nieder.

Die Herren Fabrikanten traf dieser Schlag gerade beim besten Geschäft. Nur so sind ihre millionen Verluste die Streikenden einzuschüttern zu verstehen. In allen möglichen Mäntern suchte man Arbeiter zum Anlernen. Natürlich verblühten man, daß gestreikt wurde. Vier hiehere Panzer aus Münchenberg in Scherfranken welen der Streikleitung Schreiben vor in denen ihnen 1,23 Mark Stundenlohn zugesichert wurde. Die Forderung der Streikenden betrug 1,50 Mark, nebenbei bemerkt, nur auf 98 Pf. Stundenlohn. Zum großen Verizer der Textilbarone dampften aber die Panzer wieder schleunigst ab.

Etwas mehr Glück hatten die Unternehmer bei einer Anzahl Kleinbauern in den Tälern, die entweder selber famen oder ihre Frauen und Kinder nach Münchenberndorf schickten. Das erste Resultat dieses „Anlernens“ liegt bereits vor: Mehrere dieser Streikbrecher haben sich an den mechanischen Webstühlen die Finger abgeklemmt. Die Streikenden fürchten diese Konkurrenz nicht, da es viele Monate dauert bis ein einigermachen brauchbarer Weber ansetzt ist. Das wissen natürlich auch die Unternehmer weshalb sie durch direkte Vorschriften an die einzelnen Streikenden die Front zu zerlegen veruchten. Auch vor Terror schrecken sie nicht zurück. Die Hypothese, daß ein Weber auf ihre armliechten Händen von ihrem „Protzern“ haben wurden sofort gelindert. Auch von ihnen abhängige Pfleger wurden veranlaßt, den Streikenden die Wohnhäuser zu kündigen. Alles nur Reichen wie lehr den Herren Fabrikanten das „Nein“ an der Kehle recht.

Als aber weder Bitten noch Drohungen die Front der unter einer oppositionellen Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes kämpfenden erschütterten konnte, veruchten die Unternehmer es mit Provosokationen. Bereits am 2. Streiktag machten sie bekannt, daß die Behörden den Schutz der Arbeitswilligen weitestgehend zugesichert hätten. Anleisch wurde in Münchenberndorf die Gendarmerie der umliegenden Dörfer zusammengerufen. Trohdem liefen die Fabrikanten noch nach mehr Schutz für ihre Hausreihen. Am Mittwochnachmittag kamen 2 Volkswagen mit Landespolizei, die die Stadtausgänge be-

lehte. Als die Streikbrecher die Betriebe verließen, wurden sie von den Gendarmen in Empfang genommen und gleich einem Gelannentransport der Paps übergeben. Den Reantern fiel dann die wenig angenehme Aufgabe zu, die einzelnen Streikbrechertruppen bis an die Haustüren ihrer Kundennwelt entlegenen Dörfer zu eskortieren. Heute morgen wurden sie in derselben Weise zurückgeholt.

Als sich heute nachmittag daselbe erbärmliche Schauspiel wiederholte, hatte sich vor dem aröhten Betriebe von Hartwisch Pöler eine neishundertköpfige Menge ansammelt, die ihrer Entrüstung über diese Provosokation der Polizei entsprechend Ausdruck gab. Ein Teil der Gendarmen ging bereits vor Eintreffen der Paps hinterst davon. H. a. wurde ein Mann verhaftet, weil er sich hinter dem Statet seines eigenen Grund-

hüdes entfernte und — ganz wie zu Zeiten des seligen Dreißigers — in die Fabrik geschleppt.
Eine Kommission der Münchenberndorfer Streikleitung begab sich heute früh nach Weimar, um bei Regierung und Landtag Protest einzulegen.

Auch sonst zeigt sich in zunehmendem Maße, daß die Behörden rücksichtslos gegen die Textilmühlproleten vorgehen.

Der Arbeitsnachweis von Roda schiebt Arbeitslose unter der Drohung des Unterfüllungsentzuges nach Münchenberndorf. Der Vermittlungsbeamte in Gera, wo ebenfalls Arbeitslose unter Verheimlichung des Tatbestandes, für Streikarbeit vermittelt wurden, ist Mitglied der SPD. Auch das Wohlfahrtsamt Gera, das dem sozialdemokratischen zweiten Bürgermeister Demen untersteht, schiebt keine Unterfüllungsempfänger als Streikbrecher in die Textilmühl des Geraer Scharfmachers Halpert. Die kämpfenden Textilmühlproleten bekommen so ein anschauliches Bild von der „Weberparteilichkeit“ des republikanischen Staates und von der Rolle der sozialdemokratischen Führer.

Löbe sperrt die Reichstagstribüne!

Ein Schlag gegen die Erwerbslosen / Die kommunistische Fraktion unter Ausnahmezustand
Strafverfahren gegen Genossen Berg

Berlin, 25. Januar. (Eig. Bericht.)

Bei Beginn der Reichstags Sitzung am Freitag meldete sich Genosse Lögler zur Geschäftsordnung und teilte mit, daß der Präsident Löbe verfügt habe, der kommunistischen Reichstagsfraktion keine Tribünenkarten zu bewilligen. Ebenso habe er angeordnet, daß auch die einzelnen kommunistischen Abgeordneten nicht mehr das Recht haben, Karten zu empfangen, noch Besucher auf die Reichstagstribünen zu führen. Diese Mitteilung wurde unter großem Protest der kommunistischen Fraktion aufgenommen.

Löbe antwortete, daß die gestrige Erwerbslosenkundgebung auf der Reichstagstribüne (wir bringen die Meldung darüber heute auf der 2. Seite — d. Red.) der Anlaß zu dieser Handhabe war und kündigte an, daß gegen Gen. Berg noch ein Strafverfahren wegen Nötigung, Widerstand usw. eingeleitet sei. In der provokatorischen Erklärung des Sozialdemokraten Löbe heißt es weiter, daß er nicht dulden werde, wenn „Erwerbslosenkolonnen“ Transparenze im Reichstag entrollen und außerdem sich gegen Beamte wenden würden. Man möchte auch nicht, daß die Erwerbslosen ein andermal mit Stinkbomben ankämen oder irgendwelche andere Dinge in den Sitzungssaal hinwerfen würden. Die Tatsache, daß bereits in den letzten Wochen 5 Rathhäuser von Erwerbslosen gekürrt (11) wurden, veranlaßt ihn, der kommunistischen Fraktion in Zukunft alle Tribünenkarten zu entziehen.

Die schändliche Erklärung Löbes wurde von den Rechten und auch von den Sozialdemokraten mit Beifall aufgenommen.

Die kommunistische Fraktion forderte sofort die Einberufung des Reichstagsrats, um zu dem Ausnahmegeleth Löbes Stellung zu nehmen. Seit Bestehen des Parlaments ist

es bisher noch in keiner Situation dagewesen, daß man einer Fraktion die ihnen nach der Geschäftsordnung zustehenden Tribünenkarten verweigerte. Daß dieser Schlag des Herrn Löbe sich in erster Linie gegen die Erwerbslosen richtet, ist allzu offensichtlich und geht auch deutlich aus seiner schamlosen Begründung hervor. Man will verhindern, daß die Erwerbslosen dem Parlament ihre Wünsche vortragen und man will gleichzeitig verhindern, daß die Erwerbslosen den Verrat der Parteien im Reichstag mit eigenen Augen sehen.

Daß der Sozialdemokrat Löbe zur Begründung seines Ausnahmegelethes den „Schutz für Beamte“ heranzieht, ist ein übles Ablenkungsmanöver. Die Erwerbslosen auf den Tribünen kamen nicht, um die Beamten in irgendeiner Weise zu belästigen. Diszipliniert verstanden sie ihre Forderungen vorzubringen und ebenso diszipliniert sind sie von den Tribünen abgezogen. Doch Löbes Kriminalbeamte und Achtgradschonungen sind auch dann nicht den Erwerbslosen sympathisch, wenn sie im Reichstag stationiert sind und dem Heberlasskommando der Schupo Zurechtbedienste leisten. Nur dem energischen Einwirken des Genossen Berg ist es zu danken, wenn keine Verhaftungen von Erwerbslosen vorgenommen wurden. Darum will Löbe dem Genossen Berg noch ein Verfahren anhängen.

Doch keine Ausnahmebestimmung gegen die Erwerbslosen und gegen die kommunistische Fraktion wird diese hindern, den Kampf um die Forderungen der drei Millionen Hungernden weiterzuführen. Die Parole: „Wir wollen Arbeit und Brot!“ soll weiterhin in den Ohren der sozialdemokratischen Minister gellen. Unter dieser Parole werden sich alle Erwerbslosen sammeln im Kampf unter dem Banner der kommunistischen Partei.

Verfehlte Spekulationen

Von Rudolf Kenner

Durch die sozialdemokratische Presse geht dieser Tage ein aus der Wiener Arbeiterzeitung entnommener Artikel, den die Volksstimme in Chemnitz mit der Ueberschrift „Krise des Kommunismus“, die Dresdener Volkszeitung mit der Ueberschrift „Zerfall“ verleiht. In diesem Artikel wird Stellung genommen zu den augenblicklichen Vorgängen in Sowjetrußland und in den übrigen Parteien der kommunistischen Internationale. Es wird erklärt, Sowjetrußland befinde sich in Ernährungschwierigkeiten in den Städten, während auf dem Lande ein starker Warenmangel herrsche. Diese Schwierigkeiten stärten die Opposition von links und rechts. Trotdi führe keine Angriffe ununterbrochen fort. Wir bringen heute an anderer Stelle einen Auszug aus der Prawda, der über das trotkistische Vorgehen informiert. Der Artikel der Wiener Arbeiterzeitung betont, daß Trotdi dem System der Sowjetregierung eine politische Forderung entgegenstelle, und zwar schon bei den diesmal stattfindenden Sowjetwahlen, die Forderung nach dem geheimen Wahlrecht. Man muß verstehen, daß die Frage des geheimen Wahlrechts eine Forderung der um die Nacht kämpfenden Arbeiter zum Schutze gegen den Unternehmerterror ist. Das hegreiche Sozialpartei, das keine Interessenvertreter wählt, benötigt das geheime Wahlrecht

nicht. Unter der Diktatur des Proletariats bedeutet das geheime Wahlrecht einen Schutz für die Konterrevolutionäre.

Mit der Forderung nach dem geheimen Wahlrecht ist notwendigerweise die Forderung nach der organisatorischen Vorbereitung der Wahl eng verbunden. Der nächste Schritt müßte also sein, die Genehmigung zur Parteienbildung für alle politischen Schottierungen und Interessenvertretungen in der Sowjetunion. Damit wird der Charakter der Diktatur des Proletariats vollständig aufgehoben. Das Wesen der Diktatur des Proletariats besteht ja gerade darin, daß nur eine führende proletarische Partei erlaubt ist. Das bedeutet nicht, daß zu den Sowjets nicht auch andere Vertreter vorgeschlagen werden können, aber das schließt aus, daß die Konterrevolutionäre sich in Parteien organisieren und damit den organisatorischen Boden zur legalen Vorbereitung konterrevolutionärer Anstöße erhalten. Es handelt sich bei einer solchen Forderung Trotdis nicht darum, wie die Wiener Arbeiterzeitung glauben machen will, die „Diktatur über das Proletariat“ zurückzuwandeln in die Diktatur des Proletariats, sondern vielmehr darum, die Diktatur des Proletariats abzulösen durch die formale Demokratie. Die Konsequenz dieser Bestrebungen

Streik beim Begedorfer Eisenwert

In Hamburg. Die Belegschaft des Begedorfer Eisenwertes hat in geheimer Abstimmung beschlossen, in den Streik einzutreten, da in den gefährten Wohnverhandlungen ein für die Arbeitnehmer annehmbares Ergebnis trotz zweimaligen Schiedspruches nicht zustande gekommen sei.

Streik der Fürjorgearbeiter in Vöbed

In Vöbed. In einer Versammlung der üblichen Wohlfahrts- und Fürjorgearbeiter war beschlossen worden, in der Frage der Tarifentlohnung trotz des entgegenstehenden Urteils des Landesarbeitsgerichts Hamburg auf der tariflichen Entlohnung zu bestehen. Einer Abordnung war erklärt worden, daß die Forderungen der Fürjorgearbeiter am kommenden Sonnabend dem Senat vorgelegt werden würden. Die Abordnung hatte sich damit einverstanden erklärt. Eine später abgehaltene Versammlung der Fürjorgearbeiter hat jedoch mit zwei Drittel Mehrheit den Streik beschlossen, der am Freitag ausgebrochen ist. Wenn auch etwa 50 vom Hundert der Arbeiter auf ihren Arbeitsstellen erschienen, hatten die Behörden vorläufig doch die Arbeitseinstellung auf sämtlichen Bauten verfügt. Trotdem soll den zur Arbeit erschienenen Arbeitern der Lohn weiter gezahlt werden, während die Streikenden nach den Richtlinien der allgemeinen Fürjorge Unterstützung finden. Weitere Beschlüsse sollen nach der Entscheidung des Senats am Sonnabend gefaßt werden.

bergaase
R
S
Frauen
Strümpfe
Kaufplatz
Wallstr. 4